

# WIRTSCHAFT

## KOMPAKT

Namen und Nachrichten

### Beatmungsgeräte von Philips fehlerhaft

**Amsterdam.** Der niederländische Medizintechnikkonzern Philips hat für den Rückruf von fehlerhaften Beatmungsgeräten die Rückstellungen verdoppelt. Das Unternehmen teilte am Montag in Amsterdam mit, dass es Millionen von Beatmungsgeräten mit geräuschdämpfendem Schaumstoff hergestellt habe, der in Partikel zerfallen könne. Diese Teilchen könnten verschluckt oder eingeatmet werden und seien möglicherweise toxisch und krebserregend. *dpa*

### GDL kämpft vor Gericht um Einfluss bei Bahn

**Frankfurt/Berlin.** Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) kämpft juristisch um Einfluss im Bahn-Konzern. In mehreren Verfahren greift die Gewerkschaft Festlegungen an, die zur Folge haben, dass ihre Tarifverträge teilweise nicht angewandt werden. Das Arbeitsgericht Frankfurt am Main wies drei Anträge der Gewerkschaft jedoch zurück, wie es am Montag auf Anfrage mitteilte. *dpa*

### AUS DEN UNTERNEHMEN

**Mister Spex.** Der Berliner Online-Optiker will bis Ende September an die Frankfurter Börse gehen. Der Börsengang werde voraussichtlich neue Aktien aus einer Kapitalerhöhung sowie bestehende Papiere bestimmter Altaktionäre umfassen, teilte Mister Spex mit.

**Teamviewer.** Der Softwareanbieter erschließt sich durch eine Partnerschaft mit dem Walldorfer Software-Konzern SAP viele potenzielle Kunden. Die Kooperation umfasse zum einen die technische Integration von Teamviewer Frontline in das SAP-Angebot für sogenanntes Asset- und Service-Management, teilte Teamviewer am Montag in Göppingen mit.

### HEUTE VOR 30 JAHREN



**Mehr als 25.000 Bergleute** haben gegen Pläne von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) protestiert, die **Kohle-Subventionen zu kürzen**. Viele der Kohle-Arbeiter trugen Särgе und schwarze Kreuze mit den Namen der in den vergangenen Jahren geschlossenen Zechen.

### WORTLAUT

**„Damit stellen wir uns im obersten Luxus- und Performance-Segment noch schlagkräftiger auf.“**

**Ein Mercedes-Sprecher** zur neuen Bündelung der Luxus-Marken des Konzerns: Mercedes-Maybach, Mercedes-AMG und der Geländewagen G-Klasse.



**Wie belebt man die Innenstädte nach Corona wieder für die Menschen? Ein Rat lautet, die City autofreundlicher zu machen, ein anderer auf Kultur- und gefragte Dienstleistungsangebote wie Rad-Reparaturen zu setzen.**



FOTO: JÜRGEN THEOBALD / FUNKE FOTO SERVICES

## Was unsere Innenstädte brauchen

Problemzone Innenstadt? Das muss nicht so sein, sind sich zwei Experten aus der Region sicher. Und haben Ideen, wie sie belebt und Leerstand beendet werden kann

Von Dana Mester

**Hagen.** Einen Blick in die Glaskugel wagen Dr. Hanna Schramm-Klein und Dr. Hendrik Schröder nicht. Wie die Zukunft der Innenstädte aussehen wird, können auch sie als Professoren der Universitäten Siegen und Duisburg-Essen mit Schwerpunkt Marketing und Handel nicht voraussagen. Aber sie haben eine Botschaft: Aktiv werden lohnt sich. Hier sind zehn Thesen:

**1. Vielfalt schaffen:** Statt nur auf den Einzelhandel zu setzen, seien weitere Anreize nötig, damit die Menschen von außerhalb in die Stadt fahren: eine Vielfalt an Angeboten, sagt Hanna Schramm-Klein. Bislang hätten zahlreiche Städte versucht, Leerstände mit Gastronomie zu füllen. Ein guter Ansatz, aber vermutlich keine Lösung, meint die Expertin. „Tatsächlich entsteht bei einem sehr großen gastronomischen Angebot irgendwann eine Übersättigung. Die Gastronomie ist nicht in der Lage, fehlenden Einzelhandel voll auszugleichen.“ Es brauche mehr.

**„Wir müssen einen angenehmen Aufenthalt in der Stadt schaffen.“**

**Hanna Schramm-Klein**  
Handelsexpertin Universität Siegen

**2. Leben einhauchen:** „Leben“ sei deshalb das Stichwort. „Darum geht es“, sagt die Handelsexpertin. „Wir müssen einen angenehmen Aufenthalt in der Stadt schaffen.“ Als ein Beispiel nennt sie Siegen: „Dort wurde durch die Universität mancher Leerstand mit Bildungsangeboten gefüllt. Man muss Kultur, Museen und Büchereien in die Innenstadt holen.“ Doch natürlich dürfe es dabei nicht nur um Bildungsangebote gehen, betont sie. Wichtig seien attraktive Freizeitmöglichkeiten allgemein: „Mehrere Aktivitäten an einem Ort zu verbinden, hat auch eine Anziehungskraft.“ Und die sei essenziell.

**3. Kurze Laufwege.** Die Zeiten der weitläufigen Shopping-Gebiete seien vorbei, glaubt Schramm-Klein. Die Menschen seien bequemer geworden, je näher und kompakter die Geschäfte und sonstigen Angebote beieinander lägen, desto attraktiver seien sie. Und desto eher machten die Menschen auch noch einen Abstecher in andere Läden. Die Laufwege sollten also möglichst kurz gehalten werden. Vor allem in kleineren Städten der Region sei das bereits ungeplant geschehen – und zeige sich durch Leerstände in den weniger genutzten Innenstadtbereichen.

**4. Wohnraum schaffen:** Diese Leerstände böten aber Potenzial für andere Zwecke: wie neuen Wohnraum. Gefragt seien die Stadtplaner, um die Nutzungsgrenzen neu zu setzen. Ebenso die Immobilien-Eigentümer. „Wenn anerkannt wird, dass in gewissen Bereichen der Innenstadt kein Geschäft mehr öffnen wird, bietet das Platz für Dinge wie Wohnraum“, sagt Schramm-Klein. Allein darauf setzen sollte man aber nicht, betont sie, um nicht an Vielfalt einzubüßen.

**5. Mietpreise anpassen:** Hendrik Schröder sieht noch einen weiteren Punkt, den Immobilien-Eigentümer überdenken sollten: Die Höhe ihrer Mietpreise. Die Frage sei, ob man mit seinen Mietpreisen noch auf einem Niveau liege, um auch für Händler mit innovativen Angeboten attraktiv zu sein. Oftmals seien die Preise für Einsteiger und filialisierte Händler zu hoch und könnten abschreckend wirken: „Die Eigentümer müssen sich fragen: Passt das noch oder verliere ich deswegen womöglich gute Mieter?“

**6. Autofreundliche Städte:** „Was ich jetzt sage, überrascht, weil für den Klimaschutz genau das Gegenteil in der Diskussion ist: Aber macht die Städte autofreundlicher“, lautet Schröders weiterer Rat. Denn für eine gute Erreichbarkeit der Innenstädte sei es wichtig, ausreichend Parkraum zu schaffen. „Die Leute wollen es bequem haben, wenn sie in die Stadt fahren, und nicht immer

**„Macht die Städte autofreundlicher“**

**Hendrik Schröder** Handelsexperte  
Universität Duisburg-Essen

öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Mehr noch: Sie wollen selbstbestimmt sein.“

**7. Parkgebühren:** Und sie wollen für den Besuch in der Stadt nicht draufzahlen, sagt Schröder: „Die Parkgebühren sind nicht unbedingt hoch, ja. Aber so denken wir nicht. Wir denken: Verdammt, jetzt war ich einkaufen, habe Geld für neue Sachen ausgegeben, und muss auch noch 6 Euro fürs Parken zahlen.“ Viele Städte böten bereits kostenfreien Parkraum für E-Autos an, so was könnte ausgeweitet werden, sagt der Handelsexperte: „Auf jeden Fall sollte man die Gebühren überdenken.“

**8. Unverwechselbarkeit:** Doch zunächst gelte es, wieder mehr Kundschaft anzulocken. Händler seien laut Schröder gut beraten mit neuen Sortimentsideen. Die Städte müssten weg vom typischen Warenhaus, in dem alles angeboten werde, und mehr auf ihre lokalen Bedingungen reagieren. „Wir brauchen innovatives Denken, müssen unsere Umgebung und die Menschen beobachten und daraus Geschäftsideen ableiten“, sagt Schröder. Ein Beispiel: Der Fahrradhandel boome seit der Corona-Krise. So etwas könne man nutzen und Dienstleistungen anbieten, die es auch online vielleicht nicht gebe. Eine Garantie, dass das funktionieren wird, gebe es nicht. „Aber es könnten Wege sein.“

**9. Online-Präsenz:** Auch örtliche Händler sollten das Internet für sich nutzen, sagt Schramm-Klein. Digital sichtbar zu sein, sei heutzutage essenziell. Nicht nur für die einzelnen Anbieter und wegen der Shopping-Kanäle, sondern auch für die Innenstädte. „Die Leute müssen bei ihrer Suche im Internet schnell sehen können: Lohnt sich der Weg dort-



### Viele Haushalte durch hohe Mieten belastet

Studie: Wohnungsnot kaum gelindert

**Düsseldorf.** Fast jeder zweite der rund 8,4 Millionen Haushalte mit einer Mietwohnung in einer deutschen Großstadt gibt laut einer Studie mehr als 30 Prozent seines Nettoeinkommens für die Miete aus. Gut ein Viertel der Haushalte müsse mindestens 40 Prozent des Einkommens für Warmmiete und Nebenkosten aufwenden, heißt es in einer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung. Knapp zwölf Prozent der Großstadthaushalte benötigten sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete.

Die Forscher von der Humboldt-Universität Berlin haben den Angaben zufolge Daten des Mikrozensus für 2018 ausgewertet. Danach ist die finanzielle Belastung der Mieter in den vergangenen Jahren zwar zurückgegangen, weil auch bei Bewohnern der Großstädte die Einkommen im Mittel stärker gestiegen seien als die Wohnkosten. Vor allem für viele ärmere Haushalte habe sich die Situation aber kaum entspannt, für sie sei die Miete weiter ein besonders großes finanzielles Problem. Die verstärkte Bautätigkeit habe die Wohnungsnot in den vergangenen Jahren allenfalls geringfügig verbessert, betonte die Böckler-Stiftung. Vor allem kleine und günstige Wohnungen fehlten.

Eine Überlastung durch hohe Mieten ist der Studie zufolge nicht auf bestimmte Städtetypen begrenzt. So fänden sich unter den Städten mit der höchsten Belastungsquote vergleichsweise wohlhabende und „teure“ Großstädte wie Düsseldorf, Wiesbaden oder Darmstadt ebenso wie das wirtschaftlich eher schwache Bremerhaven, Recklinghausen oder Mönchengladbach. Dort seien zwar die Mieten, aber auch die Einkommen niedriger. *dpa*

hin für mich überhaupt?“

**10. Das „Rundum-Sorglos-Paket“:** Zuletzt sollten Händler in den Städten ihre räumliche Nähe zueinander nutzen, sind sich die Experten einig. Und ihre verschiedenen Angebote kombinieren. Heißt: Wer eine Waschmaschine im Ort kauft, wolle auch die Zusatzleistungen wie Altentsorgung, Transport und Anschluss. „Wir haben hier für euch das Rundum-Sorglos-Paket“ sollte die Devise lauten, sagt Schröder. Um das auch leisten zu können, wäre eine Zusammenarbeit mit verschiedenen örtlichen Anbietern denkbar. Letztlich müsse es darum gehen, die Kunden zu entlasten, weiß Schramm-Klein.



**ZUVERSICHT**

### Unsere Aktion

■ Unsere Zeitung startet die **Aktion „Zuversicht“** zur Unterstützung von Einzelhandel, Gastronomie und Kultur in unserer Region.

■ Journalistisch geht es darum, die **Aufbruchstimmung dieser Tage zu begleiten**. In den nächsten Wochen stellt die Redaktion deshalb nicht nur mutige Unternehmer, ideenreiche Händler oder findige Wirte vor. Wir befragen Experten zu den Handels-Konzepten der Zukunft und stellen Ideen vor, wie sich Städte modernisieren.

■ Natürlich werden wir **auch die Probleme benennen**, die sich durch die Monate der Pandemie vielerorts noch beschleunigt oder verstärkt haben.

■ Weitere Texte unserer Aktion finden Sie online unter **zuversicht**

### Corona-Fälle bei Tönnies: Juristische Aufarbeitung läuft

**Rheda-Wiedenbrück.** Ein Jahr nach dem massenhaften Corona-Ausbruch im Schlachtbetrieb Tönnies am Stammsitz in Rheda-Wiedenbrück ist die juristische Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen. Ob das Tönnies-Management sich strafrechtlich verantworten muss, prüft derzeit noch die Staatsanwaltschaft Bielefeld. Nach Angaben eines Sprechers sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Im Raum steht der Vorwurf der fahrlässigen Körperverletzung und Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz.

Ob die wochenlange Schließung des Werks rechtlich zulässig war, soll das Verwaltungsgericht Minden klären. Zuletzt hatte Tönnies dort nach Angaben einer Sprecherin weitere Akteneinsicht in Verwaltungsvorgänge gefordert, um die Klage begründen zu können.

Zahlreiche Firmen streiten sich mit dem NRW-Gesundheitsministerium. Das hatte angeordnet, dass die Erstattung von Verdienstausfall bei Werkschließungen wegen Corona abgelehnt wird. Laut Infektionsschutzgesetz können Betriebe Entschädigungen beantragen, wenn die Unternehmen durch die Behörden geschlossen wurden. *dpa*